

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Abrechnung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post 22,50 Mark.
ausw. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Rich-
tungswegen angenommen. Im
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter
C. Zeitschriften eingetragen. Für
unregelmäßig eingegangene Mon-
atshefte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Genehmigung der Verlagsanstalt.
Verlag. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Volke-Zeitung

Zweihundertfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltenen 34 mm breiten Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Samstagszeile 40 Pf., Restzeile
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle an. Für die
Anzeigenpreise: Erfüllungsorte
6 alle. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Halle, Postamt 12, Dr. Straußmann, 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 32 und Markt 24.
Verlag: Ernst Leipzig Nr. 4009.

Nr. 514.

Halle, Dienstag, den 2. November 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Das englische Entgegenkommen annulliert?

Unverbindlichkeit des Versailler Vertrages für Brasilien — Ungültigkeitserklärung des französisch-ungarischen Geheimvertrages — Zunahme der Aufrührerbewegung in Russland — Die Wahlen Dr. Löwensteins und Eichhorns in den Berliner Stadtrat nicht bestätigt.

Wilson's Nachfolger.

Am heutigen Dienstag findet im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten der Wahl der Wahlmänner für die Präsidentschaft statt. Sobald das Ergebnis vorliegt, weiß man, wer der Nachfolger Wilsons sein wird, der Demokrat Cox oder der von den Republikanern aufgestellte Harding. Grundrückschlüsse über die Wahlergebnisse zwischen den beiden großen Parteien der Republikaner und der Demokraten lassen sich heutzutage schwer noch feststellen; in früheren Zeiten waren sie deutlicher, heute sind sie fast verwischt. Heute fragt sich vielmehr der amerikanische Wähler: welche Persönlichkeit ist unter den verschiedenen Parteikandidaten die beste Gewähr für die richtige Lösung desjenigen Problems, das zur Wahlzeit gerade die Herzen bewegt? Als 1915 die amerikanischen Bürger zur Wahlurne gingen, sollte über die Stellung Amerikas zum Weltkriege entschieden werden. Die Mehrheit war damals für Neutralität und wählte Wilson, um er am zuverlässigsten für die Wahrung der Neutralität einzutreten. Jetzt ruft die Union nach dem Mann, der die beste Bürgschaft bietet für die richtige Einstellung des amerikanischen Staates zu dem in Versailles geborenen Völkerbund. Der demokratische Präsidentschaftskandidat James M. Cox, der früher Mitglied d. s. Repräsentantenhauses und bereits dreimal Gouverneur seines Heimatstaates Ohio gewesen ist, zeigt wenig Interesse für auswärtige Fragen. Cox ist gleich Harding auf einer Farm in Ohio geboren, und er ist gleich ihm Herausgeber eines einflussreichen Blattes in diesem Staat, dessen Parlament in beiden Häusern lehrerstandsweite republikanisch ist. Mit dem Versailler Friedensvertrag hat sich Cox bisher ebensowenig befaßt wie mit dem irischen Problem, und in der Alkoholfrage hat er erklärt, er unterwerfe sich dem 18. Verfassungsgesetz, was aber nicht ausreicht, daß er (twaigen Verleumdungen des Kongresses, jene Verfassungsbestimmung abzuschaffen, unter Umständen zusehen würde. Die Kandidatur Cox ist eben ein Kompromiß, dem man die mühselige Vorarbeit des Juliandkommens anmerkt. In den Augen vieler Demokraten hat er den Vorzug, kein „Administration Man“ zu sein, wie J. P. Wilson, der sich bei einem erheblichen Teil seiner Partei wegen seines selbstherrlichen Auftretens unpopulär gemacht hat. Die Deutschamerikaner mit ihren 4 Millionen Stimmen sind nicht für Herrn Cox. Er war vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg nicht deutschfreundlich, wenn man sich an die von ihm herausgegebene Zeitung „Dawn News“ hält; in Leitartikeln der Zeitung wurde hemerzt die Verfechtung der „Autstania“ als gerechtfertigter Kriegshandlung gekennzeichnet, vom Kriege gegen Deutschland wolle er nichts wissen. Dies war zur Zeit, als Herr Cox auf die deutschen Stimmen und Ohio für das Gouvernementsamt rechnete. Später nach Ausbruch des Krieges blieb man dann wieder mit und verdammte alles Deutsche in Grund und Boden, wender wie alle anderen Völker auch. Herr Cox trug dann sein Hauptgewicht dazu bei, daß die deutsche Sprache aus den Schulen im Saate Ohio verdrängt wurde. Viele der deutsch-amerikanischen Zeitungen, die in frühen Tagen demokratisch waren und auch für die republikanischen Kandidaten Harding nicht viel übrig haben, arbeiten entschlossen darauf hin, daß Herr Cox geschlagen werde. Nun zum republikanischen Kandidaten: Warren Harding ist Senator von Ohio und dadurch Vertreter der großen Interessen der östlichen Industriezentren. Die Nachrichten über ihn sind wieder zweifelhaft, es ist aber wohl falsch, ihm zum liberalen Mitglied der republikanischen Partei zu rechnen. Sehr viel spricht dafür, daß Harding als Republikaner alten Stils und sehr großparteilich angesehen werden muß. Sein außerordentlich scharfer, fast persönlicher Gegensatz zu Wilson heißt sich Harding gilt aber nicht als Imperialist in politisch-militärischer im Sinne. Er ist wirtschaftlich gerichtet, und insofern ist seine Wahl, soweit man bisher unter ihm kann, für Deutschland nicht ungünstig. Harding ist der Sohn eines Dorfarztes, seine Mutter ist holländisch-amerikanischer Abstammung. Er studierte in Oberia und mußte sich das Geld für sein Studium selbst verdienen. 1891 verheiratete er sich mit Etude A. A. die deutsch-mennonitische Wirtin. Harding ist Journalist von Beruf und hat sich als Zeitungsherausgeber und Eigentümer des „Star“ einen Namen gemacht. Das Blatt erschien in Ohio. Harding ist gegenwärtig Generaldirektor und Mitglied im Ausschuss einer Reihe von Fabriken. Er war Gouverneur von Ohio und wurde 1912 mit einer Mehrheit von 100 000 in den Senat zu Washington gewählt, wo er im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten angehörte. Er hat sich an keinerlei Programmen gebunden, nahm aber jetzt natürlich das nummernreiche republikanische Parteiprogramm an.

Nichtbestätigung Dr. Löwensteins und Eichhorns.

Wie uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Wahl des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters sowie sämtlicher Stadträte der neuen Stadtgemeinde Berlin, mit Ausnahme der Wahl Dr. Löwensteins zum Stadtschulrat und des Reichsangeordneten Eichhorns zum Stadtrat, bestätigt worden. Der Einbürgerung des Oberbürgermeisters wird die Stadtratsordnungsversammlung zum Montag, den 8. November, zu beschließen werden. Am gleichen Tage tritt auch der neue Magistrat zusammen. Damit gelten die bisherigen Stadtratsordnungsverordnungen und Gemeindevertretungen der Gemeinden, aus denen die neue Stadtgemeinde gebildet wird, als aufgehoben.

Mit dieser Entscheidung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg hat eine Ungleichheit ihre Erledigung gefunden, die nicht nur in der neuen Stadtgemeinde Berlin, sondern weit darüber hinaus eine starke Erregung hervorgerufen hat, und deren Folgen sogar weitläufig in das politische Gebiet hineinragten. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat keinen Anlaß, an diesem Schritte in irgendeiner Form Stellung zu nehmen. Die Prüfung der Wahl durch ihn hatte sich lediglich auf die Einhaltung der einzelnen gemächlichen Vorschriften zu erstrecken. Gegen die übrigen neu gewählten Mitglieder des Stadtrats lagen Bedenken irgendwelcher Art nicht vor. Das Ergebnis war die Bestätigung ihrer Wahl. Nur bei zweien mußte eine Ausnahme gemacht werden. Der zum Stadtrat gewählte Herr Eichhorn ist einer der Träger der Januarruhen von 1919 gewesen. Es schmeckte ihm ein gerichtliche Straferklärung, die allerdings durch die geltenden des Reichs-Rußens erlassene Amnestie hinfällig wurde. Eine die Amnestie nicht Herr Eichhorn zweifeln einer gerichtlichen Verurteilung verfallen. Es ist begrifflich, warum unter diesen Umständen eine Bestätigung seiner Wahl nicht erfolgen konnte. Anders liegen die Dinge bei Herrn Dr. Löwenstein. In der Zeit, die er in irgendwelcher Art haben für die Nichtbestätigung seiner Wahl nicht mitgesprochen. Die Stellung eines Stadtschulrats bedarf einer gründlichen Kenntnis der wichtigen Organisationslagen und einer eingehenden Erfahrung auf dem Gebiete der Schulverwaltung. Auf diesen Forderungen ist nach jeder Richtung hin erfahrener Schulmann. Als ein solcher kann Dr. Löwenstein nicht angesehen werden.

Das englische Entgegenkommen annulliert?

Die Besprechungen zwischen dem französischen Bevollmächtigten in London und der englischen Regierung über die „Verständigung“ zwischen England und Frankreich über die Friedensverträge von Versailles sind nach „nächsten Meldungen“ sicherem Vernehmen nach abgeschlossen. Lord Curzon hat eingesehen, daß in London ein Fehler gemacht ist und sich dadurch darüber ausgesprochen. Die Initiative war dem größten Feinde Englands ging aus vom Finanzministerium, welches darin eine Aktion gesehen habe, um dem englischen Großhandel wieder aufzuhelfen und dabei sich keine Rücksicht weder über die Tragweite noch die Konsequenzen dieser Aktion gegeben habe.

Oberschlesien ohne Kartoffeln.

Da das polnische Reichskommissariat dem mit der internationalen Kommission in Oberst. Polen abgeschlossenen Verträge auf Lieferung von einer Million Zentner Kartoffeln aus Polen nicht nachkommen ist, ist Oberschlesien zurzeit ohne Kartoffeln. Im vorigen Monat hatte die deutsche Regierung die von ihr verpöbelte Aktion ohne weiteres gestrichelt. Die bisher in Polen herangezogenen 50 000 Zentner waren für die menschliche Ernährung nicht zu gebrauchen.

Rechtliche Unverbindlichkeit des Versailler Vertrages für Brasilien?

In der brasilianischen Presse wird zurzeit eine Streitfrage lebhaft erörtert, die auch für Deutschland erhebliches Interesse hat. Die in Rio de Janeiro erscheinende Zeitung „Journal“ führt in Anlehnung an einen Vortrag, den der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Rodrigo Octavio, vor einer juristischen Körperschaft kürzlich über das Thema „Der Versailler Vertrag in seinen Beziehungen zum Völkerrecht“ hielt, den Nachweis, daß der Versailler Vertrag, mindestens in privatrechtlicher Beziehung, für Brasilien rechtlich verbindlich sei. Nach der Bundesverfassung Brasiliens müsse jedes Gesetz oder jede Verordnung, um rechtsverbindlich zu sein, von der Bundesversammlung Brasiliens in voller Öffentlichkeit und im Namen des Volkes durch den „Diário Oficial“ veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung des Versailler Vertrages in dem amtlichen Organ lie aber bisher unterblieben. Es liegt nun der französische Vorklausur des Vertrages vor, wie er im

„Diário do Congresso“ veröffentlicht worden ist. Der Friedensvertrag ist also von Rechts und Verfassungswegen für Brasilien nicht verbindlich. Dieser Rechtsauffassung treten mehrere deutsche Zeitungen Brasiliens entgegen. So stellt sie in Sao Paulo erscheinende „Deutsche Zeitung“ fest, daß, wenn die Bundesversammlung nicht ausdrücklich für das Inkrafttreten eines Gesetzes seine Veröffentlichung im Amtsblatt vorgeschrieben hätte, die Rechtskraft des Versailler Vertrages für Brasilien schon daraus herzuleiten wäre, daß durch Gemwohnheitsrecht die Veröffentlichung im Amtsblatt die verbindliche Bekanntmachung geworden ist, um einem Gesetz oder Vertrag die Rechtskraft zu verleihen.

Angenehme „Sicherheits“-Beamtin.

Zwei Polen der Bestimmungenspolizeigruppe Schoppinich hielten am Sonntag zwei polnische Geschwulstlerinnen an und forderten von den Frauen unter Vorhalten von Revolvern die Herausgabe ihrer Brieftasche. Die Frauen waren daher gezwungen, ihr Geld, je 2000 Mark, in russischen Silberrubeln herauszugeben. Nicht genug damit nahmen sie die beiden Schwulstlerinnen in ihre Schanzwirtschaft und rüderten hier nochmals Geld von ihnen zu erpressen. Da ihnen die Frauen Geld nicht mehr geben konnten, mußten beide eine Forderung von etwa 600 Mark machen, wobei die beiden Männer ihre Mitcollegen zum Zeugnisse einluden. Eine der Frauen lief aus dem Lokal und holte Kriminalbeamte herbei, die diese eigenartigen Vertreter der Sicherheit in ihre Obhut nahmen. Bei der Befragung wollten die beiden Polen auf deutsche Fragen keine Antwort geben, sondern verlangten, daß mit ihnen polnisch gesprochen werde. Von dem geraubten Gelde hat einer von ihnen seiner Schwägerin in Schoppinich 1000 Mark geschenkt.

Noch immer Ausnahmezustand in Pommern.

Die feinerzeit erlassene Verfügung über die Anordnung des zivilen Ausnahmezustandes für drei Monate ist nunmehr vom Minister des ehemaligen preussischen Teilsgebietes um weitere drei Monate, und zwar bis zum 15. Januar 1921, verlängert worden.

Zur Lage in Russland.

Die Anruferbewegung in Russland greift immer weiter um sich. Der verheerliche Hungerzustand wird in Moskau von Dürre mit aller Schärfe angedeutet. Ganz besonderes Unglück hat Dersinsk auf die Regierungsbahnen befallen, die zum Teil bereits an die russische Regierung übergeben sind. Von bolschewistischen Seite wird zur Beruhigung gemeldet, daß das Volkskommissariat für Justiz in Petersburg Material sammelt für eine Amnestie, die am Tage der dritten Jahresfeier der russischen Revolution erlassen werden soll.

Bolschewisten-Verhaftung.

Montag vormittag ist in Danziger Hafn der finnische Dampfer „Stridder“, von Stockholm nach Helsingfors unterwegs eingelaufen. Er hatte 70 Passagiere an Bord. Der Dampfer ist, wie von dem Kapitän mitgeteilt wurde, in der Dofse von einem englischen Kreuzer angehalten worden. Acht Passagiere wurden verhaftet und auf den englischen Kreuzer übergeführt, weil sie russische Bolschewisten sein sollten.

Sowjetnoten an England.

London, 1. November. Reuters. In einer Note der Sowjetregierung an das britische Auswärtige Amt wird dagegen Einpruch erhoben, daß britische Kriegsschiffe Besatzung in der Ostsee, bolschewistische U-Boote in Schweden Meer und in der Dofse anzugreifen. Da die Sowjetregierung sich nicht als Kriegsverfechter mit Großbritannien beifällig betrachte. Ein anderer Note verlangt, daß die englische Regierung die Streitkräfte der Sowjetunion in Kalifornien und Sibirien in Westland und in der Ukraine nicht unterlasse.

Litauische Folge gegen die Polen.

Romno, 1. November. Litauisches Telegramm-Büro. Die Litauer haben gestern früh in der Nähe von Rumpen den Feind hinter die Linie Dubnawo-Krewoon-Schulpin-Kamp etc. zurückgedrängt. Ein polnischer Flieger hat gestern über Wilna Bombe abgeworfen und wurde mit Maschinengewehren beschossen. 11 Personen sind tot, 13 schwer, viele leicht verletzt.

Annullierung des französisch-ungarischen Geheimvertrages.

Wie aus London gemeldet wird, hat die englische Regierung erklärt, daß sie den französisch-ungarischen Geheimvertrag nicht anerkenne. Infolgedessen hat die französische Regierung den Vertrag annulliert. Wie dazu aus Budapest gemeldet wird, ist durch das Scheitern des ungarisch-französischen Vertrages die Lage der ungarischen Regierung un-

hatte geworden, umso mehr als die finanzielle Unterstützung des Reichs durch die Annahme des Budgets...

Deutsches Reich.

Ein Stempel- und Verbrauchssteuer in Saarbrücken. Für die früher preislichen Teile des Saargebietes...

Die Tarifverhandlungen der Buchbinder sind, wie uns aus Berlin gemeldet wird, unterbrochen worden...

Eine Weltausstellung der revolutionär-sozialistischen Parteien. Laut „Freiheit“ hat die Zentralleitung...

Auslands-Rundschau.

Teilnahme G. Glottis an der italienisch-österreichischen Friedenskonferenz. Wie „Giornale d'Italia“ meldet...

Kritische Lage der Entente-Truppen in Armenien. Die Berichterstattung der armenischen Republik in Paris...

Scharfe englische Repressalien in Island. Nach einer Reutermeldung aus London wurden vier Bergelager...

10 000 Armerier niedergemetzelt. Wie Reuter erfährt, ist die Stadt Hadjadin gefallen...

Halle und Umgebung.

Halle, den 2. November 1920.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Vortragabend der Literarischen Gesellschaft.

Zur Eröffnung ihres 25. Jahres hatte die Literarische Gesellschaft einen ihrer Gründer, Herrn Redaktor Carl Müller...

Unterhaltungsabende der Saale-Seituna. Mittwoch, den 3. Nov. Inhalt: Der Nil von Berlin...

Hunger.

Von Martin Beschwaiger.

(Nachdruck verboten.)

Wants fünf Uhr nachmittags erschallt ein Wächter des zoologischen Gartens vor dem Bassin der beiden Seebecken...

„Beständige Tiere“, sagt ein Zuschauer. „Gleich, diese Eier“, meint ein anderer.

Vermerken über den Kalendern. Die Antike hat naturgemäß den Monatsnamen und die Stunden...

Das Konzert vom Festen der Grenzspende

Das am 1. November im Neumarktischen Hause veranstaltete wurde, konnte sich eines prächtigen Erfolgs und der Mitwirkung des Fräuleins Elide Hochbaum...

Die geschilderte Vortragsfolge begann mit einem sinnreichen Vorspiel: „Dorfkirche“ von Paul Wernke...

Dr. Hans Joachim Moser aber hat mit fünf eigenen Kompositionen überzeugende Beispiele nicht nur seiner trefflichen Tonbildung...

„Summa Summarum“, Trauformel von Hermann Keller, gelangt wie wir berichten, am 9. November in hallischen Stadtheater zur Uraufführung.

Stadtheater. Heute, Dienstag, abend 7 1/2 Uhr gelangt die Operette „Der ideale Bauer“ zur Aufführung...

Leserabend der Leipziger Arbeitervereinsung. Am Donnerstag, den 4. November...

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Rindfleisch in der Talmarkstraße, am Mittwoch, den 3. November 1920...

Als ich 1918 in französische Gefangenschaft geriet, dachte ich an alles andere als an das Essen...

Am nächsten Tag warf man für jeden von uns ein halbes Pfund über den Zaun, hinter dem wir eingeperrt waren...

Man gönnt sich nicht an den Hunger. Wir haben jahrelang hungert; nicht sind am Hungerstich gestorben...

Städtischer Verkauf von Rindfleisch. Am Mittwoch, den 3. November 1920...

Sport der „Saale-Zeitung“.

Eine Propagandaveranstaltung des Saalebaues

Am Samstag, den 17. November tritt der Saalebau wieder mit einer größeren Werbeveranstaltung an die Öffentlichkeit...

Der Hallische Circus hat gestern seine desjährige Mittagsfeier abgehalten...

Provinzial-Nachrichten.

Eine großzügige Textilindustrialsaktion

Wie uns aus Gera geschrieben wird, ist zur Wiederrichtung der großen Erwerbslosigkeit in der Gera-Grüner Textilindustrie mit Hilfe der Landesregierung...

Wie ich seit einiger Zeit aufbewahrt. Ich ist die eine und die andere meinem jungen Freund...

Wenn Damen, übermüdet von Hunger, vor der eigentlichen Mahlzeit schnell einige Pralinen...

Aber die medizinischen Nobelpreisträger.

Wie bereits gefestigt wurde, hat der Nobelpreis für Medizin für das Jahr 1919 dem Würzburger Professor Dr. Julius Borchardt...

